



Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 13 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Verarbeitungstätigkeit Verarbeitung Personendaten von Ausländerinnen und Ausländern.

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländerinnen und Ausländern und der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist § 86 Satz 1 AufenthG.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Um Ihren Antrag auf einen Aufenthaltstitel bearbeiten zu können, sind von Ihnen die personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen. Andernfalls kann es ohne diese Angaben zu einer Ablehnung Ihres Antrags führen.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von zehn Jahren gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit dem Zeitpunkt der Erhebung.

Ihre personenbezogenen Daten werden teilweise an die Fachdienste ServiceCenter, Standesamt, Bürgerbüro Mitte, Bürgerbüro Nord, Zentraler Außendienst, an das Rechtsamt sowie extern an die Polizei, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälte, Meldebehörden, Ausländerbehörden, Gerichte, an das Bundeszentralregister, Ausländerzentralregister, an den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Militärischen Abschirmdienst, das Landeskriminalamt, die Landesbehörde für Verfassungsschutz, das Zollkriminalamt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die deutschen Auslandsvertretungen, die Agenturen für Arbeit und an die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg weitergeleitet.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter servicecenter@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, Behördliche Datenschutzbeauftragte, – persönlich – 26105 Oldenburg kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.

Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Artikel 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)

zur Verarbeitungstätigkeit Verarbeitung Personendaten von Ausländerinnen und Ausländern.

Ihre personenbezogenen Daten werden zum Zwecke der Steuerung und Begrenzung des Zuzugs von Ausländerinnen und Ausländern und der Erfüllung der humanitären Verpflichtungen verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist § 86 Satz 1 AufenthG.

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben. Um Ihren Antrag auf einen Aufenthaltstitel bearbeiten zu können, sind von Ihnen die personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen. Andernfalls kann es ohne diese Angaben zu einer Ablehnung Ihres Antrags führen.

Wir haben die personenbezogenen Daten von Polizei, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälten, Meldebehörden, Ausländerbehörden, Gerichten, Bundeszentralregister, Ausländerzentralregister, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Militärischen Abschirmdienst, Landeskriminalamt, Landesbehörde für Verfassungsschutz, Zollkriminalamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, deutsche Auslandsvertretungen, Agenturen für Arbeit und Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg erhalten.

Es werden folgende Informationen über Sie gespeichert: Name, Vorname, Geburtsdatum, -name, -staat, -ort, Staatsangehörigkeiten, Adresse, Telefonnummer, E-Mail, Aufenthaltstitel, Familienstand, -angehörige, akademischer Grad, Geschlecht, Religion, eventuell strafrechtliche Verurteilungen, Gesundheitsdaten und eventuell sexuelle Orientierung sowie Biometriedaten.

Ihre Daten werden für einen Zeitraum von zehn Jahren gespeichert. Der Speicherzeitraum beginnt mit der Übermittlung durch Polizei, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälten, Meldebehörden, Ausländerbehörden, Gerichten, Bundeszentralregister, Ausländerzentralregister, Bundesnachrichtendienst, Bundesamt für Militärischen Abschirmdienst, Landeskriminalamt, Landesbehörde für Verfassungsschutz, Zollkriminalamt, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, deutsche Auslandsvertretungen, Agenturen für Arbeit und Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg.

Ihre personenbezogenen Daten werden teilweise an die Fachdienste Servicecenter, Standesamt, Bürgerbüro Mitte, Bürgerbüro Nord, Zentraler Außendienst (ZAD), an das Rechtsamt sowie extern an die Polizei, Staatsanwaltschaft, Rechtsanwälte, Meldebehörden, Ausländerbehörden, Gerichte, an das Bundeszentralregister, Ausländerzentralregister, an den Bundesnachrichtendienst, das Bundesamt für Militärischen Abschirmdienst, das Landeskriminalamt, die Landesbehörde für Verfassungsschutz, das Zollkriminalamt, das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die deutschen Auslandsvertretungen, die Agenturen für Arbeit und an die Kommunale Datenverarbeitung Oldenburg (KDO) weitergeleitet.

Die Stadt Oldenburg als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter servicecenter@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, 26105 Oldenburg kontaktieren. Sie können außerdem die Datenschutzbeauftragten der Stadt Oldenburg per E-Mail unter datenschutzbeauftragte@stadt-oldenburg.de beziehungsweise postalisch unter Stadt Oldenburg (Oldb), Der Oberbürgermeister, Behördliche Datenschutzbeauftragte, – persönlich – 26105 Oldenburg kontaktieren.

Sie können gegenüber der Stadt Oldenburg im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Artikel 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Artikel 16 und Artikel 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Artikel 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Artikel 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Artikel 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte beziehungsweise Landesbeauftragter für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.